

"Vernunft ist das Gegenteil einer Brücke"

Fridolfing/Tittmoning (rgz). "Vernunft ist das Gegenteil einer Brücke." – Dieses Signal sendet ein neuer Verein mit dem Namen "Vernunft statt Salzachbrücke". Er wurde am Donnerstagabend in Schifferleiten aus der Taufe gehoben. 1. Vorsitzender ist der Fridolfinger Gemeinderat Josef Frech, ein Mann der ersten Stunde, wenn es um den Kampf gegen eine Brücke in seiner Gemeinde geht.

Fridolfing und Tittmoning reichen sich im Verein die Hand: Sophia Erler vertritt im Vorstand die Interessen der Geschäftsleute am Tittmoninger Stadtplatz. Weitere Mitglieder im Vorstand sind vom Brückenbau betroffene Landwirte und Naturschützer.

Die Veranstalter waren überrascht: Der Gastraum in Schifferleiten konnte die Besucher kaum aufnehmen. Die kamen aus einem Umkreis von gut 30 Kilometern, einige aus Oberösterreich, und hatten vielschichtige Motive dafür, einen Verein der Brückengegner aus der Taufe zu heben. Deutlich wurde, dass die Vereinsgründer den von der Kreispolitik beschleunigten Strukturwandel in der Region entschieden ablehnen. Für sie ist die geplante Brücke sichtbarer Ausdruck einer Entwicklung, die sie nicht wollen. Als Verlierer fühlen sich Naturschützer, die davor warnen, ein FFH-Gebiet mit einer aufgeständerten Straße zu durchschneiden, Landwirte, die in der Salzachau wertvolle Flächen verlieren würden, Kaufleute am Tittmoninger Stadtplatz, die um ihre Kundschaft fürchten, und Anlieger aus verschiedenen Orten, die mit einer Zunahme des Schwerverkehrs rechnen. Fridolfing und Tettenhausen, so das Schreckensszenario, könnten bald zu Nadelöhren werden. Die Betroffenheit reicht bis in die Gegend von Palling, Altenmarkt und Trostberg. Arnulf Erler aus St. Georgen machte darauf aufmerksam, dass die Brücke nach seinem Dafürhalten Teil einer geplanten neuen Verkehrsachse sei: Der Schwerlastverkehr aus Oberösterreich werde über Fridolfing nach Palling und Stein an der Traun auf die Bundesstraße 304 gelenkt.

Bedrohlicher Unterton

Das von Politikern gern bemühte Bild vom "Brückenbauen" und "Zusammenwachsen" erhält unter diesen Vorzeichen einen bedrohlichen Unterton. Dass die Kreispolitik den Verein ernst nehmen sollte, diesen Eindruck konnte man als neutraler Beobachter in der Gründungsversammlung durchaus gewinnen. Zum einen aufgrund der enormen Entschlossenheit der Gründungsmitglieder, zum anderen, weil sich in ihren Reihen große Fachkompetenz in Fragen des Naturschutzes, der Landwirtschaft und der Strukturpolitik befindet. 46 von etwa 70 Anwesenden trugen sich als Gründungsmitglieder ein. Der Verein strebt eine baldige Anerkennung beim Finanzamt als gemeinnützig und eine umgehende Eintragung beim Registergericht an. Ein Vereinsbeitrag wird nicht erhoben, Vorsitzender Josef Frech strahlte trotzdem übers ganze Gesicht: Ein Spendenkörbchen wurde rasch mit über 500 Euro gefüllt.

Der Waginger Gemeinde- und Kreisrat Georg Huber führte zügig und sicher durch die Veranstaltung, deren vorrangige Aufgaben die Verabschiedung einer Satzung und die Wahl eines vierköpfigen Vorstandes war, der durch fünf Beisitzer ergänzt wird. Erster Vorsitzender ist Josef Frech, sein Stellvertreter ist der Fridolfinger Landwirt Stefan Kraller, dessen Flächen durch den Bau einer Straße durchschnitten würden. Zum Kassier wurde Stefan Obermayer, zur Schriftführerin Regina Armstorfer aus Fridolfing gewählt. Sämtliche Vorstände erhielten ein einhelliges Votum. Beisitzerin ist Sophia Erler, sie will die Interessen der Geschäftsleute des Tittmoninger Stadtplatzes im Vorstand vertreten. Weitere Beisitzer sind der Waginger Gemeinderat Hannes Obermayer aus Tettenhausen, der Landwirt Josef Schild aus Fridolfing, der frühere Vorsitzende der BN-Ortsgruppe Dr. Jakob Wagner und seine Nachfolgerin Ilse Engelmaier.

"Situation unerträglich"

Teilnehmer aus Tittmoning beklagten, die Situation "ist unerträglich für uns: Jetzt sollen wir auch noch unsere Brücke verlieren! Die Österreicher planen schon gar nicht mehr mit der Ettenauer Straße." Kreisrat Georg Huber stellte die Argumentation von Hermann Steinmaßl in Frage: Wenn die Brücke, wie vom Landrat beteuert, nur dem grenznahen Verkehr diene, dann seien 30 Millionen Euro viel zu viel Geld. Wenn sie jedoch auch für den überregionalen Verkehr gedacht sei, dann würden hohe Folgekosten fällig, so dass 30 Millionen Euro bei weitem nicht reichten.

Dass die Brücke Schwerverkehr anziehen werde, lag für einen anderen Redner auf der Hand: Schließlich gebe es zwischen Burghausen und Freilassing keine andere Brücke für den Schwerlastverkehr. Deshalb sei auch abzusehen, dass nach und nach die Zubringerstraßen ausgebaut werden. Einige äußerten sich auch skeptisch, ob die genannten 30 Millionen Euro reichen: Politiker würden stets niedrigere Zahlen nennen, wenn sie ein strittiges Projekt durchboxen wollten.

"Als ob nix wäre"

Drastisch formulierte Ex-MdB Hias Kreuzeder sein Unbehagen: "Die Klimakatastrophe wird schlimmer als der Erste und der Zweite Weltkrieg zusammen. Und wir wirtschaften weiter, als ob nix wäre!" Politiker würden neue Gewerbegebiete und neue Arbeitsplätze versprechen. Man sollte den Menschen endlich einmal klar machen, dass zuerst immer in der Landwirtschaft dutzende wichtige Arbeitsplätze verloren gingen, die von den nachfolgenden Generationen noch dringend benötigt würden. Arnulf Erler aus St. Georgen meint, die geplante Brücke sei Teil einer geplanten neuen Verkehrsachse, die bereits im Regionalplan eingezeichnet sei. Sie solle Oberösterreich mit Bayern verbinden. Im selben Zug werde die Bundesstraße 304 ausgebaut. "Brücken werden nicht einfach ohne Anschluss in die Landschaft gebaut."

Für das Brückenprojekt läuft die Planfeststellung an. Gestern fand dazu in der Oberen Naturschutzbehörde in München ein Fachgespräch statt, woran dem Vernehmen nach auch Landrat Hermann Steinmaßl teilnehmen wollte. Planer, Mitarbeiter des Staatlichen Bauamtes und Gutachter erörterten dabei die naturschutzrechtliche Situation. Da die neue Straße auf deutscher Seite ein FFH-Gebiet durchqueren würde, müssen die Vorhabensträger entweder beweisen, dass der Eingriff in die Natur unerheblich ist, oder einen Antrag auf Befreiung stellen.